

Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
Johannes Remmel

Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-
Westfalen
Garrelt Duin

Sehr geehrter Herr Minister Remmel,
sehr geehrter Herr Minister Duin

wir als VertreterInnen der Bürgerinitiativen gegen Gasbohren wenden uns an Sie als zuständige Minister für die Genehmigungsverfahren nach Bundesberggesetz. Anlass sind die Pläne der HammGas GmbH & Co. KG zur Förderung von unkonventionellem Erdgas im südlichen Münsterland.

Wie Sie aus der Berichterstattung zur Podiumsdiskussion in Ascheberg am 12.11.2014 erfahren haben dürften, hat sich der Geschäftsführer der HammGas, Herr Presse, persönlich für eine Änderung des Bergrechts bzgl. der Beweislastumkehr ausgesprochen. Wir als VertreterInnen der Bürgerinitiativen sind darüber erfreut, dass Herr Presse sich persönlich damit eine unserer wichtigsten Forderungen in der Argumentation zum Gasbohren zu eigen gemacht haben.

Dies nehmen wir nun zum Anlass, uns in diesem offenen Brief an Sie zu wenden. Denn bereits vor über drei Jahren hat die Bezirksregierung Arnsberg als zuständige Genehmigungsbehörde darauf hingewiesen, dass das Bergrecht dringend reformiert werden müssen. Zu den Verbesserungsvorschlägen gehört neben einer verpflichtenden Sicherungsrücklage der antragstellenden Unternehmen auch die Beweislastumkehr. Leider sind bisher alle Bemühungen, das Bundesberggesetz fit für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu machen, an den jeweiligen CDU-geführten Bundesregierungen gescheitert.

Wir sind nun sehr erfreut, dass Herr Presse persönlich nicht bereit ist, diesen skandalösen Missstand länger hinzunehmen. Es ist ja auch schwer vorstellbar, dass in Deutschland eine Behörde auf einer Grundlage genehmigen muss, die von dieser Behörde selber als völlig unzureichend gebrandmarkt wurde. Eine solche rechtliche Grundlage wäre z.B. im öffentlichen Straßenverkehr schlichtweg nicht vorstellbar. Und da es sich bei der Förderung von Erdgas um wesentlich riskantere Vorhaben handelt als den Betrieb eines PKWs, sollten entsprechend die gesetzlichen Rahmenbedingungen den in Deutschland üblichen Mindeststandards genügen.

Wir als VertreterInnen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger fordern sie als zuständige Minister in NRW auf, alle weiteren Genehmigungen nach Bundesberggesetz zu stoppen, bis eine neue Rechtsgrundlage, z.B. auf Basis der Vorschläge der Bezirksregierung Arnsberg, erarbeitet worden ist. Es ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar, dass die Risiken und Lasten, die aus der veralteten Rechtslage resultieren, allein von den Bürgerinnen und Bürger zu tragen sind. Die Unternehmen, welche mit den Bergbauvorhaben Gewinne erwirtschaften wollen, müssen entsprechend in die Pflicht genommen werden und nach moderner Rechtsprechung an Risiken und Lasten beteiligt werde.

Sehr geehrte Minister,
uns ist bekannt, dass das Land Nordrhein-Westfalen über den Bundesrat bereits ein ähnliche Initiative angestoßen hat. Doch sind wir als betroffene Menschen nicht länger bereit, die Untätigkeit

der Bundesregierung hinzunehmen mit der Folge, dass die Rohstoffunternehmen die Verantwortung für die Zukunft der Region einfach auf die Gesellschaft abwälzen. Hier sehen wir den Staat in der Pflicht, sich für seine Bürgerinnen und Bürger einzusetzen und für ein FairPlay bei der Rechtsprechung zu sorgen.

Bitte teilen Sie uns mit, welche konkreten Schritte die Landesregierung zeitnah durchführen wird, um

- eine Änderung des Bergrechts auf Bundesebene umzusetzen und
- weitere Genehmigungen nach veraltetem Bergrecht zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Jürgen Blümer
Drensteinfurt

BIGG Drensteinfurt e.V.:
Stefan Henrichs

BIGG Hamm:
Dirk Hanke

BIST e.V. Herbern:
Wilfried Voß (Vors.)
Frank Kemna (stellv. Vors.)
Marie-Louise Maybaum
Marie-Luise Voß

BIGG Werne:
Christian Krumkamp